



Editorial

In der Diskussion über den Reformbedarf der Berufsbildungssysteme herrscht heute weitgehend Einigkeit und es geht inzwischen nicht mehr darum, ob, sondern vielmehr *welche* Veränderungen geboten sind.

Die vorliegende Ausgabe der Europäischen Zeitschrift setzt sich mit einigen zentralen politischen Fragen in Bezug darauf auseinander, welcher Kurs bei der Reform der Berufsbildung eingeschlagen werden sollte. Jedoch werden zur Bereicherung der Debatte berufsbildungspolitische Fragen in diesem Heft in den Kontext der geschichtlichen Entwicklung der europäischen Berufsbildungspolitik eingebettet und neueren Erkenntnissen aus wichtigen Forschungsarbeiten zu den zukünftigen Kompetenzbedürfnissen gegenübergestellt.

Der weit verbreitete Konsens über die Notwendigkeit von Reformen, der politische Entscheidungsträger, praktisch Tätige und Forscher aus der gesamten EU vereint, ist von wesentlicher Bedeutung und überaus positiv. Er erleichtert den Meinungs- und Gedankenaustausch und – was besonders wichtig ist – fördert die Aufgeschlossenheit für neue Ideen.

Veränderungen sind für Berufsbildungssysteme freilich nichts Neues und wer dies etwa glaubt, befindet sich im Irrtum. Vielmehr haben sich die Systeme der beruflichen Bildung im Laufe der letzten Jahrzehnte als äußerst dynamisch erwiesen, wie der Artikel (der erste von zwei Beiträgen zum Thema) „Der politische und rechtliche Rahmen für die Entwicklung der Berufsbildungspolitik in der Europäischen Union“ von Steve Bainbridge und Julie Murray belegt. Dieser Artikel zeichnet die Entwicklung der europäischen Berufsbildungspolitik vom Vertrag von Rom im Jahre 1957 bis zur Unterzeichnung des Vertrags von Maastricht im Jahre 1992 nach. Er zeigt auf, wie die Berufsbildung angesichts der Herausforderungen, die aus dem Anstieg der Arbeitslosigkeit, der sozialen Ausgrenzung und dem technologischen Wandel erwachsen, immer mehr zu einem wichtigen Instrument der Wirtschafts- und Sozialpolitik

wurde. Die historische Perspektive, die dieser Beitrag vermittelt, kann wertvolle Erkenntnisse und Lehren für die zukünftige Politikgestaltung liefern.

Nach der Beleuchtung der Vergangenheit wendet sich die Zeitschrift den aktuellen Fragen zu, vor denen die Berufsbildungspolitik heute angesichts des immer rasanteren wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und technologischen Wandels steht. Hierzu wird zunächst das „Berliner Memorandum zur Modernisierung der beruflichen Bildung. Leitlinien für die Schaffung eines dualen, pluralen und modularen Systems (DPM-Systems) des lebensbegleitenden Lernens“ des Beirats der Berliner Senatsverwaltung für Arbeit, Berufliche Bildung und Frauen wiedergegeben. Wie dieses Memorandum zeigt, muss sich selbst das weithin bewunderte und hoch geschätzte deutsche Berufsbildungssystem wandeln, wenn dessen traditionelle Leistungsstärke und hoher Qualitätsstandard erhalten bleiben soll. Allerdings wird in dem Diskussionspapier ebenso darauf hingewiesen, dass die Schwierigkeit darin liegt, bei der Einführung notwendiger Reformen zugleich die Stärken des Systems zu bewahren.

Auf das Berliner Memorandum folgt ein Beitrag einer informellen Arbeitsgruppe von Arbeitgebervereinigungen aus sieben EU-Mitgliedstaaten, „Auf der Suche nach Qualität in Schulen“. Dieser ist aus verschiedenen Gründen interessant. Zum einen spiegelt sich darin eine EU-weite Übereinstimmung über die Notwendigkeit von Reformen wider sowie das starke Engagement der Arbeitgeber – die zu den wichtigsten Investoren in Bezug auf die Entwicklung und Nutzung von Kompetenzen zählen – in der Frage, welcher Kurs bei solchen Reformen verfolgt werden sollte. Und obschon sich der Artikel vornehmlich auf das allgemein bildende Schulwesen bezieht, machen die darin aufgeworfenen Fragen deutlich, dass die Berufsbildung nicht völlig isoliert von anderen Bereichen des Bildungswesens betrachtet werden darf. Dieser Gesichtspunkt kommt auch in einer anderen wichtigen (hier nicht wiedergegebenen) bildungspolitischen Stellungnahme der



Union der Industrie- und Arbeitgeberverbände Europas (UNICE)¹ zum Ausdruck. Die Zeitschrift hat den Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) dazu aufgefordert, seine diesbezüglichen Standpunkte darzulegen.

Der Beitrag von Senker et al., „Arbeiten, um zu lernen: ein ganzheitlicher Ansatz für die Erstausbildung Jugendlicher“, schlägt einen denkbaren Kurs für die berufliche Bildung im Vereinigten Königreich vor. Der Artikel analysiert die Erfahrungen eines Berufsbildungssystems, das in den letzten Jahren einen tief greifenden Wandel durchlaufen hat. Trotz der umfassenden Veränderungen, die sich in diesem Bereich im Vereinigten Königreich vollzogen haben, weist das britische System, wie der Artikel aufzeigt, nach wie vor einige grundlegende Schwächen auf. Dabei schildern die Autoren eine Reihe von Diskrepanzen zwischen den erklärten Zielen und Absichten, die mit Reformen verfolgt wurden, und den tatsächlich erzielten Ergebnissen. Dies unterstreicht, wie wichtig effektive Institutionen und Instrumente für die Umsetzung bildungspolitischer Vorhaben sind. Der Beitrag macht deutlich, dass neben den Inhalten auch die Art und Weise der Durchführung von Reformen in die Diskussion einbezogen werden muss.

Abschließend behandelt die Zeitschrift in einer Reihe von drei Artikeln ein Forschungsprojekt zum Thema Berufsbildung für gering qualifizierte Menschen, und zwar in den Beiträgen „Gering qualifizierte Per-

sonen am europäischen Arbeitsmarkt: auf dem Weg zu einer Mindestlernplattform?“ von Eugenia Kazamaki Ottersten und Hilary Steedman, „Das Konzept einer Mindestlernplattform – Bildungsinhalte und Methoden zur Förderung gering qualifizierter Personen“ von Arthur Schneeberger sowie „Die Schaffung einer allgemeinen Mindestlernplattform – kritische Fragen mit Auswirkungen auf Strategien und politische Optionen“ von Roberto Carneiro. Diese Artikel erörtern die ersten Ergebnisse des Projekts „New job skills and the low-skilled“ („Newskills“), die nahe legen, dass gering qualifizierten Personen möglicherweise am besten dadurch zu helfen wäre, dass man den Zustrom gering Qualifizierter auf den Arbeitsmarkt reduziert. Das Projekt untersucht auch das Konzept einer „Mindestlernplattform“, die in ihren Grundzügen zum Ziel für alle Bürger in Europa erklärt werden könnte. Darunter ist eine Reihe von Kompetenzen zu verstehen, die unter anderem Eigenschaften umfassen, welche Voraussetzung für den effektiven Einsatz am Arbeitsplatz und für die Fähigkeit sind, dort und anderswo zu lernen und sich bei der Arbeit und in der Gesellschaft weiterzuentwickeln.

Die Debatte über den künftigen Kurs der Berufsbildungspolitik ist eine überaus wichtige Debatte. Sie muss sich auf eine solide Sachkenntnis gründen, damit diesbezüglich wohl fundierte und nachvollziehbare Entscheidungen getroffen werden können. Wir hoffen, dass das vorliegende Heft als Beitrag zu diesem Prozess gesehen wird.

Steve Bainbridge
Chefredakteur

1) UNICE (2000): For education and training policies which foster competitiveness and employment (die sieben Prioritäten der UNICE), Brüssel.